

Pressemitteilung 8/2026

Halle (Saale), den 12. März 2026

Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland

Weltweit höhere Energiepreise infolge des neuen Golfkriegs verschlechtern die Aussichten für die deutsche Konjunktur, auch wenn Mehrausgaben der öffentlichen Hand die gesamtwirtschaftliche Expansion in diesem und im kommenden Jahr stützen werden. Nach der Frühjahrsprognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) dürfte die Produktion im Jahr 2026 um 0,7% und im Jahr 2027 um 1% zunehmen. Ähnliche Expansionsraten sind auch für Ostdeutschland zu erwarten. Im Dezember waren die IWH-Konjunkturforscher von einem Zuwachs von 1% sowohl für 2026 als auch für 2027 ausgegangen.

Sperrfrist
12. März 2026, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Das IWH Forecasting Dashboard (ForDas)



Das IWH-ForDas ist eine interaktive Plattform für den Vergleich makroökonomischer Prognosen verschiedener Institute zur deutschen Wirtschaft.

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt, Deutschland, Energiepreis, Euroraum, Export, Investitionen, Iran, Konjunktur, Konsum, Ostdeutschland, Produktion, Prognose, USA, Weltwirtschaft, Wirtschaftswachstum, Zölle

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2024 bis 2027

	2024	2025	2026	2027
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-0,5	0,2	0,7	1,0
darunter: Ostdeutschland ^a	-0,1	0,4	0,7	0,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	0,2	0,2
Tarifföhne je Stunde	4,7	2,8	2,6	2,6
Effektivlöhne je Stunde	5,3	4,5	3,1	3,1
Lohnstückkosten ^b	5,6	4,5	2,5	2,4
Verbraucherpreisindex	2,3	2,2	2,7	2,1
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 987	45 982	45 994	45 968
Arbeitslose ^c	2 787	2 948	2 941	2 875
in %				
Arbeitslosenquote ^d	6,0	6,3	6,3	6,1
darunter: Ostdeutschland ^a	7,5	7,8	7,8	7,6
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,7	-3,6	-3,9
Leistungsbilanzsaldo	5,8	4,4	3,6	3,5

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2026: Prognose des IWH (Stand: 09.03.2026).

Im Frühjahr 2026 kommt die Weltwirtschaft in unruhiges Fahrwasser, denn infolge des Kriegsausbruchs am Golf ist der Ölpreis (Brent) zuletzt auf über 100 US-Dollar je Barrel geklettert. Der Preisschock trifft auf eine Weltwirtschaft, die sich bislang angesichts der drastischen US-Zollerhöhungen als bemerkenswert robust erwiesen hat. Das gilt auch für den Welthandel und speziell für die chinesische Exportwirtschaft. In den USA wird die Konjunktur von Investitionen in den Tech-Sektor getrieben. Zudem wird dort mit sinkenden Leitzinsen gerechnet. Zudem ist die US-

Finanzpolitik, wie auch die in Deutschland und in Japan, im laufenden Jahr expansiv ausgerichtet. Im Euroraum bleibt die Dynamik zwar bescheiden, sie wird aber weiter von steigenden Reallöhnen und recht günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Energiepreise im zweiten Halbjahr 2026 wieder deutlich zurückgehen. Sowohl im Jahr 2026 als auch im Jahr darauf dürfte die Weltproduktion um 2,6% zunehmen.

Der Krieg am Golf verschlechtert die Aussichten auch für die deutsche Konjunktur: Die gestiegenen Energiepreise belasten die Einkommen der privaten Haushalte und erhöhen die Produktionskosten. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte 2026 wieder sinken. Unter solchen Voraussetzungen beträgt der Effekt auf die Inflation in Deutschland im Jahr 2026 etwa 0,5 Prozentpunkte, und der Dämpfer für die Realwirtschaft ist nicht groß. Gestützt wird die Konjunktur in diesem und im kommenden Jahr von Mehrausgaben der öffentlichen Hand für Rüstung und Infrastrukturinvestitionen. Danach wird die Finanzpolitik allerdings auf einen Konsolidierungskurs einschwenken müssen. „Was die Konjunktur im laufenden Jahr zusätzlich stützen dürfte, ist eine Stabilisierung der Exporte. Denn es wird wohl kein weiterer negativer Impuls vonseiten der US-Zollpolitik kommen, und die internationale Konjunktur bleibt nach vorliegender Prognose robust“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH. Im ersten Halbjahr 2026 dürfte die Erholung aber nur verhalten ausfallen, auch weil die höheren Energiekosten den privaten Konsum etwas dämpfen. Auch dürfte die kalte Witterung zu Jahresanfang die Bauaktivität im ersten Quartal gesenkt haben. In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Belebung dann etwas an Schwung gewinnen.

Ein erhebliches Konjunkturrisiko stellen der Krieg am Persischen Golf und insbesondere die in seiner Folge gestiegenen Energiepreise dar. Diese könnten länger als hier unterstellt hoch bleiben, etwa wenn es für Tanker weiter zu riskant ist, die Straße von Hormus zu benutzen. Weil es für Flüssiggas ebenso wie für Erdöl einen integrierten Weltmarkt gibt, spielt es dabei keine große Rolle, dass bisher wenig Gas aus der Golfregion nach Europa geliefert wurde. Ein dauerhafter Preisanstieg für Energieträger in Europa würde die Inflationsraten stärker erhöhen und möglicherweise die Europäische Zentralbank veranlassen, ihre geldpolitischen Zügel anzuziehen. Sollte es allerdings nach Kriegsende zu einer Reintegration des Iran in den Welthandel kommen, wären mittelfristig auch positive Effekte für die deutsche Wirtschaft denkbar.

Die Langfassung der Prognose enthält einen [Kasten zur Schätzung des Produktionspotenzials](#).

Langfassung:

Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz: Konjunktur aktuell: Ölpreisschock gefährdet Erholung in Deutschland. IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 14 (1), 2026. Halle (Saale) 2026.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für Wirtschafts-forschung Halle e. V. (IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de



Das IWH auf [Bluesky](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.